

Erzgeb. Volksfreund

Tageblatt für Schneeberg und Umgegend.

Verlagsamt: Schneeberg

Verleger: Schneeberg

Amtsblatt für die königl. und städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Hartenstein, Johannsgeorgenstadt, Kötzsch, Neustädtel, Schneeberg, Schwarzenberg bzw. Wildenfels.

Nr. 63.

Donnerstag, den 17. März 1904.

57.

Seitenausgabe

Offenes Pfarramt.

Das Pfarramt mit 3230 A und seiner Wohnung dotierte Archidiaconat ist alsbald zu besetzen. Bewerbungen sind bis zum 15. April 1904 beim unterzeichneten Stadtrat als Collator einzureichen. Schneeberg, den 11. März 1904.

Der Stadtrat.

Da von Boydt.

Vögnitz.

Die Hausrenten für 1. Januar 1904 sind bis zum 15. März dieses Monats an unsere Steuerannahme zur Vermahlung zwangsweiser Beitreibung zu bezahlen. Rat der Stadt Vögnitz, 15. März 1904. Sieger, Ergm.

Vögnitz.

Es wird hiermit zu strengster Nachsicht bekannt gegeben, daß zu Aufgrabungen jeder Art auf den öffentlichen Plätzen, Straßen und Wegen der Stadt wie im Allgemeinen, so auch insbesondere mit Rücksicht auf die eingeleiteten Hochspannungsarbeiten zur Vermeidung von Geldstrafe bis 60 A oder Haftstrafe bis 14 Tagen die Genehmigung des Stadtrates einzuholen ist, damit derselbe auch rechtzeitig des Erzgebirgischen Elektrizitätswerks zur Bewilligung der Aufgrabungsarbeiten wo nötig veranlassen kann. Auf die Lebensgefahrlichkeit, welche bei Beschädigung und Verletzung der Kabel eintritt, auf die schwere Verantwortlichkeit bei Bewerksstellungen und die möglichen schweren Folgen nach bürgerlichem und Straf-Recht wird hierdurch besonders hingewiesen. Auch wird ersucht, darauf zu achten, daß das Befahren der Straßen und Berühren der Freileitungen, hauptsächlich der von Dilsch-Raum über Grünhain nach Kötzsch und Schönbach die öffentlichen Wege und Plätze durchgehenden Hochspannungsleitungen, auch wenn die Drähte an der Erde liegen oder herunterhängen sollten, mit Lebensgefahr verbunden ist. Rat der Stadt Vögnitz, 15. März 1904. Sieger, Ergm.

Vögnitz.

Donnerstag, den 17. März 1904. Vormittag 10 Uhr sollen im Verwaltungsraum des hiesigen Amtsgerichts 1 Jah Sammelrat (20 Str.), 1 Jah Postw. (18 Str.) gegen Veräußerung öffentlich veräußert werden. Schneeberg, den 16. März 1904.

Der Gerichtsvollzieher des Königl. Amtsgerichts.

Nr. 12 des diesjährigen Reichs-Gesetzesblattes ist erschienen und liegt in den Expeditionen der unterzeichneten Behörden 14 Tage lang zur Einsichtnahme aus.

Inhalt: Gesetz, betreffend die Aufhebung des § 2 des Gesetzes über den Orden der Gesellschaft Jesu vom 4. Juli 1872.

Die Stadträte von Aue, Vögnitz, Neustädtel, Schneeberg und Schwarzenberg, die Bürgermeister von Grünhain, Hartenstein, Johannsgeorgenstadt und Wildenfels, die Gemeindevorstände des amtschauptmannschaftlichen Bezirks Schwarzenberg.

Nr. 3 des diesjährigen Gesetz- und Verordnungsblattes ist erschienen und liegt in den Expeditionen der unterzeichneten Behörden 14 Tage lang zur Einsichtnahme aus.

Inhalt: Verordnung, die Vorschriften über die Ausbildung und Prüfung für den höheren Staatsdienst im Postfache betr. — Gesetz, eine Änderung der Bestimmung in § 84 des Reichsrechts über die Besetzung der inneren Verwaltung und die Prüfung für den höheren Verwaltungsdienst in diesem Geschäftsbereich betr. — Verfügung.

Die Stadträte von Aue, Vögnitz, Neustädtel, Schneeberg und Schwarzenberg, die Bürgermeister von Grünhain, Hartenstein, Johannsgeorgenstadt und Wildenfels, die Gemeindevorstände des amtschauptmannschaftlichen Bezirks Schwarzenberg.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Berlin, 15. März. Reichstag. Der dem Reichstage zugewandene zweite Reichstag zum Etat für 1903 beantragt die Bewilligung von 3 092 000 A aus Anlaß der Expedition im südafrikanischen Schutzgebiet, darunter 1 797 000 A Zuschuß zur Bewilligung der Bewilligungsausgaben im südafrikanischen Schutzgebiet und 1 300 000 A Ausgaben bei der Verwaltung der kolonialen Marine, 65 000 A Ausgaben der Reichspost- und Telegraphenverwaltung. Ferner ging dem Reichstage die zweite Ergänzung zum Entwurf des Reichshaushaltsetats für 1904 zu, worin aus Anlaß der Expedition im südafrikanischen Schutzgebiete die Bewilligung von 3 710 000 A beantragt wird, darunter 3 117 000 A zur Bewilligung der Verwaltungsausgaben im südafrikanischen Schutzgebiet und 513 000 A Ausgaben der Reichspost- und Telegraphenverwaltung. Bei der Weiterberatung des Militäretats bei Kapitel 32 (Pferdebeförderung) begründet Abg. Rogalla v. Bieberstein (kons.) die von ihm eingebrachte Resolution, zuerst die Erhöhung der Remontenpreise in Erwägung zu ziehen im Interesse der in Frage gekallten Jucht gesellener Remontenpferde. Abg. v. Trautmann (kons.) bedauert die Vernachlässigung der Jucht von Kaltblütern. Für Schwabensachsen hätte man deutsche Pferde statt argentinische ankaufen sollen; beim Ankauf sei wohl das internationale Handelsrecht im Spiele gewesen. Bei der Expedition nach Dänien hätten die deutschen Pferde sich sehr gut bewährt. Neben polenmäßig kann gegen Sachsis, der in der Wahlgattung der Erziehung der Remontenpferde Verhinderung des kleinen Besitzers gegen den Großgrundbesitz getrieben hätte. Graf Rantzau bedauert den bisher ungenügenden Beschuß für Pferde. General Egel von Arnim bemerkt, es habe den heute gegebenen Anträgen sympathisch gegenüber und hoffe, bei dem diesjährigen Remontenankauf weitere Erfahrungen zu sammeln. Er teile die Befürchtungen des Abgeordneten v. Rantzau nicht, daß wir im Kriegsfalle unseren Pferdebestand nicht decken können. Abg. Göttsche protestiert gegen die Angriffe des

Abgeordneten Trautmann auf Sachsis, der durch Krankheit am Erscheinen verhindert sei, und bemerkt gegenüber Rantzau, der Behauptung habe doch mit der Remontenfrage nichts zu tun. Nach weiteren Bemerkungen wird die Resolution Rogalla v. Bieberstein gegen die Konservativen und Nationalliberalen abgelehnt. Dins erhebliche Debatte wird eine Reihe von Resolutionen erledigt. Der Antrag Octola auf Wiederherstellung der von der Budgetkommission gestrichenen Posten wird gegen die Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen abgelehnt. Die Resolution Göttsche und Müller-Sagen betreffend die Beschaffung seminarellischer gebildeter Lehrer an den Unteroffizierschulen mit den seminarellisch gebildeten Lehrern der Kadettenanstalten wird angenommen. Bei Kapitel Artillerie- und Waffensachen wünscht Ober (Str.) eine erhöhte Heranziehung des Militärfiskus zu den Gemeindegeldern. Der Direktor im Reichsfinanzamt Trevels sprach die Bereitwilligkeit der verhandelnden Regierung aus, den betreffenden Gemeindegeldern zu Hilfe zu kommen. Nach weiterer Debatte wird eine von der Budgetkommission beantragte Resolution angenommen bei Begehung von Beförderung von Geschützen und Waffen, wenn möglich, die Einstellung der geschulden Sonntagsschulden der Arbeiter nicht vorzunehmen, auf alle Fälle aber ist den Besuch des Sonntagsgottesdienstes zu ermöglichen. Ferner wird eine Resolution angenommen, wonach die Lohnsätze der bei der Hausverwaltung beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nicht hinter den höchsten Entlohnungen zurückbleiben sollen. Bei Titel „technische Institute der Artillerie“ bespricht Pauli-Potsdam die Verhältnisse der Spandauer Artilleriewerkstätten und schloß seine einmündelständigen Rede mit der Forderung einer gründlichen Revision der Verhältnisse der Arbeiter in den Werkstätten, unter Einziehung von Sachverständigen auch aus Kreisen der Unterbeamten und Arbeiter. Morgen Fortsetzung. Wahlprüfungen Marinsat. Schluß 6 1/2 Uhr. Berlin, 15. März. Der Kaiser hat neuerdings ein Schuttruppenangehörigen bestimmt ist, welche während des gegenwärtigen Herero-Aufstandes in Deutsch-Südwestafrika den

Ordnung, 15. März. Die U. a. Reduktion der Kasse nach dem Schloß Bell-see, die heute nachmittags stattfinden sollte, ist nunmehr wieder bis auf weiteres verschoben worden. Die verläutelt, soll der Gesandtschaftsstand des hohen Prinzen seit gestern wieder zu wünschen übrig lassen, so daß der 1. April auf die Reise gehalten wird. Die beiden Schwägerinnen der Kaiserin, die Herzogin Friedrich-Friedrich und Prinzessin Feodor, die hier zu Besuch waren, die hier aber auch im Schloß wohnen. Berlin, 15. März. Die „Nord. Allg. Ztg.“ schreibt: Nach jetzt eingegangenen Berichten des Gouverneurs von Kamerun ging die erste Nachricht über den am 22. Januar erfolgten Tod des Stationsleiters Grafen Pädler am 3. Februar in Gambia ein. Es wurde sofort eine Entsch., und eine Strafexpedition insamengegestellt. Die Expedition wird befehligt von Leutnant Rasmann. Mit gleicher Gesandtschaft ist der Nachfolger des Grafen Pädler, der Stationsassistent Rasmann, mit 20 Mann der Polizei nach Dairing entsandt worden. Leutnant Rasmann hat Befehl, zunächst das adriatische Geschütz zum Feind zu übergeben und dort die dortigen Punkte zu sichern. Gleichzeitig erhält der Stationschef und Kompaniechef v. Rasmann in Kamerun, das nur 3-4 Tagesreisen von Schanzpore dem Ereignis entfernt liegt, Befehl, mit dem größten Teil der Kompanie in das Aufmarschgebiet einzumarschieren und sobald wie möglich mit der Kolonne Rasmann sich zu vereinigen. Beide Expeditionen sollen dann unter dem Befehl Rasmanns nach Kamerun marschieren, in Gambia ein Exemplar Rasmanns und das ganze Geschütz adriatisch des Geschützes an der einzigen Straße entlang von Kambien über den See für allemal unterwerfen. Berlin, 15. März. Je Befähigung der Bildung der „Kriegs-Gen.“ über das Besondere des Geschützes, hat der „Adriatischen Zeitung“, Dr. Göttsche, telegraphisch der Reichstagskammer der „Adriatischen Zeitung“ in Tanger seinen Dank für die besondere No. 1, der aus der 9. März abgegangen ist, meldet, daß Dr. Göttsche seit dem 8. März von dort verabschiedet ist. Die angeführten Nachrichten nach seinem Verbleib haben bis zum Abgang des Boten keinen Erfolg gehabt.